

Main-Kinzig-Kreis – Losweise Vergabe von Reinigungsdienstleistungen für die Schulen Wilhelm-Hauff-Schule, Jossatal-Schule, Bilzbergsschule Ulmbach, Grundschule Vollmerz, Haidefeldschule Hettersroth, Alteburg-Schule, Grundschule Aufenau, Herzbergsschule Roth, Kopernikusschule, Schule am Eulenhof, Büchertalschule, Werner-von-Siemens-Schule

Offenes Verfahren nach § 119 Abs. 1 GWB i. V. m. § 15 VgV

des

Main-Kinzig-Kreises, vertreten durch den Kreisausschuss, Amt 65, Amt für Schulwesen, Bau- und Liegenschaftsverwaltung und Zentrale Dienste
Barbarossastraße 16-24
63571 Gelnhausen

<p>– Erster Verfahrensbrief / Aufforderung zur Angebotsabgabe –</p>
--

Mai 2026

Via elektronischer Vergabepattform DTVP

An alle interessierten Unternehmen

Gelnhausen, 12.05.2026

Erster Verfahrensbrief / Aufforderung zur Angebotsabgabe

Main-Kinzig-Kreis

**Losweise Vergabe von Reinigungsleistungen für die Schulen Wilhelm-Hauff-Schule, Jossatal-Schule, Bilzbergsschule Ulmbach, Grundschule Vollmerz, Haidefeldschule Hettersroth, Alteburg-Schule, Grundschule Aufenau, Herzbergsschule Roth, Kopernikusschule, Schule am Eulenhof, Büchertalschule und Werner-von-Siemens-Schule
Offenes Verfahren nach § 119 Abs. 1 GWB i. V. m. § 15 VgV**

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Main-Kinzig-Kreis, vertreten durch den Kreisausschuss, Amt 65, Amt für Schulwesen, Bau- und Liegenschaftsverwaltung, beabsichtigt die losweise Vergabe von Reinigungsdienstleistungen für die Schulen Wilhelm-Hauff-Schule, Jossatal-Schule, Bilzbergsschule Ulmbach, Grundschule Vollmerz, Haidefeldschule Hettersroth, Alteburg-Schule, Grundschule Aufenau, Herzbergsschule Roth, Kopernikusschule, Schule am Eulenhof, Büchertalschule und Werner-von-Siemens-Schule.

Ihr Unternehmen erhält hiermit Gelegenheit, ein Angebot abzugeben.

1. Informationen

1.1 Kontaktstelle und Kommunikation

Die GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, Ulmenstraße 30, 60325 Frankfurt am Main, ist mit der administrativen Durchführung des Vergabeverfahrens beauftragt worden, fungiert also als Vergabestelle.

Die Kommunikation zwischen dem Auftraggeber und den Bietern, etwa bei Bieterfragen und deren Beantwortung, wird im gesamten Verfahren ausschließlich über die von dem Auftraggeber eingesetzte elektronische Vergabeplattform DTVP geführt.

Damit der Auftraggeber mit den Bietern reibungslos kommunizieren kann, empfehlen wir dringend, dass sich diese – soweit nicht bereits geschehen – auf der elektronischen Vergabeplattform DTVP (www.dtv.de) freiwillig und kostenlos registrieren.

Ohne eine solche Registrierung kann der Auftraggeber die nicht registrierten Bieter über nachträgliche Informationen nicht aktiv informieren. In diesem Fall obliegt es diesen, sich auf der Vergabeplattform regelmäßig selbst über etwaige Änderungen zu informieren.

1.2 Fragen zu den Vergabeunterlagen

Fragen zu den Vergabeunterlagen sind unter Angabe der Dokumentenbezeichnung und der Gliederungsnummer der Vergabeunterlagen (z.B.: „Nummer“ ... „Ziffer“ ... der Leistungsbeschreibung ...) in Textform über den von der elektronischen Vergabeplattform DTVP vorgesehenen Kommunikationsbereich möglichst bis zum

10.06.2026, 12:00 Uhr (MESZ),

einzureichen.

Auch nach diesem Termin rechtzeitig eingehende Fragen werden von dem Auftraggeber selbstverständlich beantwortet.

Sachdienliche Fragen und die entsprechenden Auskünfte des Auftraggebers dazu werden allen Bietern in anonymisierter Form in Textform zur Verfügung gestellt. Die Antworten des Auftraggebers auf Bieterfragen werden Gegenstand der Vergabeunterlagen und sind bei der Erarbeitung der Angebote zu beachten.

1.3 Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat der Bieter den Auftraggeber unverzüglich nach Erhalt der Unterlagen vor Angebotsabgabe in Textform nach § 126b BGB darauf hinzuweisen.

1.4 Ortsbesichtigung

Die Objekte können jederzeit von außen besichtigt werden. Eine Besichtigung von innen je Los kann nach Absprache mit dem Auftraggeber vorgenommen werden, ist aber nicht zwingend. Sofern ein Bieter eine Ortsbesichtigung vornehmen möchte, muss er über die Vergabestelle einen Termin für die Besichtigung beantragen. Der Auftraggeber bietet eine von ihm geführte Besichtigung der Örtlichkeiten je Los für die am Auftrag interessierten Bieter in den Kalenderwochen 23 und 24 (2026) an. Etwaige Besichtigungswünsche sind möglichst zeitnah über den Kommunikationsbereich der elektronischen Vergabeplattform mit zwei Terminvorschlägen in den Kalenderwochen 23 und 24 (2026) gegenüber dem Auftraggeber anzuzeigen. Aus organisatorischen Gründen

wird gebeten, mit nur zwei Firmenvertretern am Ortstermin teilzunehmen. Es wird darauf hingewiesen, dass während der Besichtigung keine Beantwortung von Fragen erfolgt. Etwaige Fragen sind durch den jeweiligen Bieter im Nachgang zum Termin über die elektronische Vergabeplattform zu stellen. Die Antworten zu den gestellten Fragen werden dem Bieterfeld einheitlich unter Beachtung der vergaberechtlichen Grundsätze der Transparenz und Gleichbehandlung zur Verfügung gestellt. Sobald dem Auftraggeber die betreffenden Besichtigungswünsche vorliegen, ergeht eine Einladung zur Ortsbesichtigung nebst konkretem Ablaufplan mit gesondertem Schreiben.

2. Art, Umfang und Ort der Leistungen

2.1 CPV-Code:

90910000-9 Reinigungsdienste

90911200-8 Gebäudereinigung

900919300-5 Reinigung von Schulen

Gegenstand des Vergabeverfahrens ist die losweise Vergabe von Reinigungsdienstleistungen für die Schulen Wilhelm-Hauff-Schule, Jossatal-Schule, Bilzbergschule Ulmbach, Grundschule Vollmerz, Haidefeldschule Hettersroth, Alteburg-Schule, Grundschule Aufenau, Herzbergschule Roth, Kopernikusschule, Schule am Eulenhof, Büchertalschule und Werner-von-Siemens-Schule.

2.2 Zu den Einzelheiten siehe Leistungsbeschreibung.

2.3 NUTS-Code / Erfüllungsort:

Ausführungsort: Main-Kinzig-Kreis

NUTS-Code: DE719 Main-Kinzig-Kreis

2.4 Aufteilung des Auftrags in Lose

Zu den Losen: Die Leistung ist in Lose aufgeteilt:

a) Anzahl der Lose

Die Beschaffung ist in 5 Lose unterteilt:

Los 1: Wilhelm-Hauff-Schule

Jossatal-Schule

Los 2: Bilzbergschule Ulmbach

Grundschule Vollmerz

Haidefeldschule Hettersroth

Los 3: Alteburg-Schule

Grundschule Aufenau

Herzbergschule Roth

Los 4: Kopernikusschule

Los 5: Schule am Eulenhof

Büchertalschule

Werner-von-Siemens-Schule

b) Angebots- / Zuschlagslimitierung

Den Bietern steht es frei, nur für ein Los, für mehrere Lose oder für alle Lose ein Angebot einzureichen (keine Angebotslimitierung).

Die Anzahl der Lose, für die ein einzelner Bieter den Zuschlag erhalten kann, ist jedoch auf zwei (2) Lose limitiert (Zuschlagslimitierung).

Vor diesem Hintergrund haben Bieter, die ein Angebot auf drei (3) oder mehr Lose abgeben wollen, mit dem Angebot anzugeben, welche Priorität sie dem jeweiligen Los ihres Angebots zuweisen (von 1 = höchste Priorität bis zu 5 = niedrigste Priorität). Hierfür stellt der Auftraggeber das Formblatt „Prioritätsangabe“ zur Verfügung. Die Bieter haben insoweit in Abhängigkeit der Anzahl der von ihnen angebotenen Lose zu erklären, welche Priorität sie diesen jeweils zumessen. Die Priorität der einzelnen Lose muss dabei unterschiedlich sein, d. h. für unterschiedliche Lose darf nicht die gleiche Priorität vergeben werden.

Das heißt z.B.: Bei einem Angebot auf vier (4) Lose sind vier Prioritätsstufen zuzuweisen und bei einer Abgabe auf alle Lose sind fünf (5) Prioritätsstufen zuzuweisen.

c) Ermittlung der Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhält, mit Blick auf die Zuschlagslimitierung

Nach Eingang der Angebote wird zur Bestimmung des Zuschlagsaspiranten je Los zunächst das wirtschaftlichste Angebot je Los nach den bekanntgemachten Zuschlagskriterien ermittelt. Sodann wird geprüft, ob ein Bieter für mehr als zwei Lose das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat, mithin auf Rang 1 liegt. Sollte dies der Fall sein, erhält der Bieter den Zuschlag auf die zwei Lose mit der jeweils höchsten Priorität.

3. Ausführungsfrist / Auftragsdauer

Beginn: Los 1: ab 01.09.2026

Los 2: ab 01.09.2026

Los 3: ab 01.09.2026

Los 4: ab 01.09.2026

Los 5: ab 01.09.2026

Ende: einheitlich am 31.08.2030

zzgl. zweier einseitiger Verlängerungsoptionen des Auftraggebers um jeweils ein weiteres Jahr.

4. Bietergemeinschaften

Erforderliche Rechtsform bei Auftragserteilung:

- Arbeitsgemeinschaft in Form einer BGB-Gesellschaft oder einer dieser nach ausländischem Recht vergleichbaren Rechtsform mit federführendem und bevollmächtigtem Mitglied und gesamtschuldnerischer Haftung der Mitglieder.

Eine Bietergemeinschaftserklärung nach Maßgabe des den Vergabeunterlagen beigelegten Musters ist dem Angebot im Falle der Bildung einer Bietergemeinschaft ebenfalls beizufügen. Die Bildung von Bietergemeinschaften nach Angebotsabgabe ist unzulässig.

Eine Veränderung der Mitglieder einer Bietergemeinschaft nach Angebotsabgabe ist dem Auftraggeber zuvor schriftlich anzuzeigen und nur mit dessen ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung möglich. Mit dem Antrag auf Austausch hat der Bieter die seiner Auffassung nach ausnahmsweise vorliegende rechtliche Zulässigkeit darzulegen.

Mehrfachbewerbungen von Unternehmen, z. B. als Einzelbewerber und als Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft sind unzulässig, wenn und soweit diese zu einer vergaberechtlich unzulässigen Wettbewerbsverzerrung führen.

5. Angebotsabgabe

5.1 Allgemeines

Das Angebot ist mit den übrigen geforderten Angaben, Unterlagen und Erklärungen ausschließlich in deutscher Sprache und in elektronischer Form (mindestens Textform nach § 126b BGB) oder mit fortgeschrittener oder qualifizierter elektronischer Signatur bis spätestens

10.07.2026, 12:00 Uhr (MESZ),

über das Bietertool der elektronischen Vergabepattform DTVP einzureichen. Eine postalische oder telefonische Abgabe, eine Abgabe per Telefax oder E-Mail oder über den Kommunikationsbereich der elektronischen Vergabepattform DTVP ist nicht zulässig und führt zum zwingenden Ausschluss des betreffenden Angebots. Die Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen. Sie sind ggf. mit dem Stempel „vertraulich“ zu kennzeichnen, wenn und soweit sie dem Geheimschutz unterliegen oder Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse enthalten (vgl. § 165 Abs. 3 GWB).

Hinweis: Der Auftraggeber weist auf die vergaberechtliche Rechtsprechung (vgl. OLG Karlsruhe, Beschluss vom 17.03.2017 – 15 Verg 2/17; VK Niedersachsen, Beschluss vom 11.12.2018 –VgK – 50/2018) hin, wonach unverschlüsselt eingereichte Angebote zwingend vom Wettbewerb auszuschließen sind. Vor diesem Hintergrund wird von einer unzulässigen Abgabe des Angebotes beispielsweise mittels einfacher E-Mail oder über den Kommunikationsbereich der Vergabepattform in jedem Fall dringend abgeraten. Die Anforderungen an die Form der Dokumentenabgabe werden gewahrt, wenn diese elektronisch unter Verwendung des unter Abschnitt I. 3) der Auftragsbekanntmachung veröffentlichten Links eingereicht werden.

Für die Erstellung der Angebote werden keine Kosten erstattet.

5.2 Anforderungen an das Angebot

Dem Angebot sind folgende Unterlagen und Erklärungen in der Reihenfolge gemäß dem Formblatt „Angebotsformular“ beizufügen:

- Ausgefülltes Formblatt „Angebotsschreiben“ (siehe **Anlage 1**)
- Nachweis der Eignung (siehe **Anlage 2**) einschließlich der dort geforderten Angaben und Unterlagen

Für die geforderten (Eignungs-)Nachweise sowie Eigenerklärungen des Bieters zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen ist diesem Ersten Verfahrensbrief ein Bieter-Formblatt (**Anlage 2**) beigelegt. Eine Verpflichtung zur Verwendung des Bieter-Formblattes besteht nicht. Der Bieter hat jedoch sicherzustellen, dass sein Angebot bei Nichtverwendung des Formblattes die darin genannten Angaben zur Eignung sowie zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen enthält sowie die darin beschriebenen Anforderungen erfüllt. Inhaltliche Abweichungen davon können zum Ausschluss des Bieters führen. Die Verwendung des Bieter-Formblattes wird daher mit Nachdruck empfohlen.

Bieter haben zum Beleg ihrer Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen die in dem Bieter-Formblatt bezeichneten Unterlagen vorzulegen.

- Bei Bietergemeinschaft: Bietergemeinschaftserklärung (Muster siehe **Anlage 3**)

- Bei Nachunternehmereinsatz: VHB-Formblatt 233 / Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (Muster siehe **Anlage 4**)
- Bei sogenannter Eignungsleihe: VHB-Formblatt 235/ Verzeichnis der Leistungen / Kapazitäten anderer Unternehmen (Muster siehe **Anlage 5**)
- Bei sogenannter Eignungsleihe: VHB-Formblatt 236/ Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen (Muster siehe **Anlage 6**)
- Verpflichtungserklärung Tariftreue und Mindestentgelt (Muster siehe **Anlage 7**)
- Eigenerklärung zum Russlandgeschäft (Muster siehe **Anlage 8**)
- für jedes Los, auf das ein Angebot abgegeben wird, das ausgefüllte Preisblatt (**Anlage 9**) mit ausgefüllter Unterlage Stundenverrechnungssatz je Schule (**Anlage 9.1**)
- Losweises Reinigungskonzept gemäß Ziffer II. 2. der Erläuterungen zu den Zuschlagskriterien (**vom Bieter zu erstellen und mit dem Angebot einzureichen**)
- Bei Angebotsabgabe für drei (3) oder mehr Lose: Ausgefülltes Formblatt „Prioritätsangabe“ (**Anlage 10**)

Bei der Erarbeitung des Angebots ist weiterhin die beiliegende Leistungsbeschreibung nebst weiteren Unterlagen zu beachten (**Anlage 11**).

5.3 Vertragsentwurf

Der Auftraggeber beabsichtigt den Abschluss eines Vertrages mit dem erfolgreichen Bieter auf der Grundlage des den Vergabeunterlagen beigefügten Vertragsentwurfs nebst Anlagen (**Anlage 12**).

Hält der Bieter einzelne vertragliche Bedingungen aus rechtlichen, wirtschaftlichen oder tatsächlichen Gründen für nicht realisierbar, so wird um einen entsprechenden Hinweis rechtzeitig vor Angebotsabgabe gebeten. Der Auftraggeber wird diese Hinweise prüfen und ggf. vor Angebotsabgabe eine Anpassung der vertraglichen Bedingungen vornehmen. Der Auftraggeber weist ausdrücklich darauf hin, dass nach Angebotsabgabe Verhandlungen über eine Änderung der Angebote oder der angebotenen Preise ausgeschlossen sind.

Eine Unterzeichnung des Vertragsentwurfs durch den Bieter ist zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe noch nicht erforderlich. Mit seinem Angebot und der Erklärung im Formular „Angebotsschreiben“ erkennt der Bieter den Entwurf des Vertragswerks jedoch an. Der Vertragsschluss erfolgt mit der schriftlichen Zuschlagserteilung an den erfolgreichen Bieter. Diesem Bieter wird das Original des Vertrages nach Ausfertigung durch die Auftraggeberin zur Gegenzeichnung übersandt.

6. Zuschlags- und Bindefrist

Die Zuschlags- und Bindefrist endet am

01.10.2026, 24:00 Uhr.

7. Änderungsvorschläge/Nebenangebote

Nebenangebote und/oder Änderungsvorschläge sind nicht zugelassen.

8. Nachunternehmerleistungen

Art und Umfang etwaiger wesentlicher Nachunternehmerleistungen sind mit namentlicher Nennung der wesentlichen Nachunternehmer, soweit diese bei Projektbeginn tätig werden sollen, auf dem zur Verfügung gestellten Muster „VHB-Formblatt 233“ mit Angebotsabgabe zu benennen.

Für den Austausch von benannten Nachunternehmern für wesentliche Leistungsgegenstände im laufenden Vergabeverfahren gilt Ziffer 4 Abs. 3 dieser Aufforderung zur Angebotsabgabe sinngemäß.

Für Unterauftragnehmer aller Stufen gilt § 128 Absatz 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

Der öffentliche Auftraggeber überprüft vor der Erteilung des Zuschlags, ob Gründe für den Ausschluss des Nachunternehmers vorliegen. Bei Vorliegen zwingender Ausschlussgründe verlangt der öffentliche Auftraggeber die Ersetzung des Nachunternehmers. Bei Vorliegen fakultativer Ausschlussgründe kann der öffentliche Auftraggeber verlangen, dass dieser ersetzt wird. Der öffentliche Auftraggeber kann dem Bieter dafür eine Frist setzen.

9. Teilnahmebedingungen / Eignungskriterien

9.1 Bieter können sich als Einzelbieter ohne Nachunternehmer, als Bietergemeinschaft oder als Einzelbieter/ Bietergemeinschaft mit Nachunternehmen bzw. im Rahmen einer Eignungsleihe am Wettbewerb beteiligen.

9.2 Der Bieter hat zum Nachweis seiner Eignung alle gemäß Abschnitt 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung geforderten Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise) innerhalb der unter Ziffer 5.1 genannten Angebotsfrist vorzulegen, soweit sich der Auftraggeber dies nicht ausdrücklich anders vorbehalten hat. Der Auftraggeber weist ausdrücklich darauf hin, dass unvollständige Angebote ausgeschlossen werden können. Die Vorlage von Kopien ist zulässig. Ausländische Bieter haben, statt der geforderten amtlichen Nachweise, nach deutschem Recht gleichwertige

Bescheinigungen nach den Vorschriften ihres Herkunftslandes vorzulegen. Soweit nicht anders gefordert, können Erklärungen als Eigenerklärungen abgegeben werden.

- 9.3 Bei Bietergemeinschaften sind die geforderten Nachweise für alle Mitglieder vorzulegen, wobei jedes Mitglied seine Eignung für den Leistungsbestandteil nachweisen muss, den es übernehmen soll. Ferner hat die Bietergemeinschaft dem Angebot eine Erklärung beizulegen, in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist, in der alle Mitglieder aufgeführt sind, der für die Durchführung bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist und erklärt wird, dass dieser die Mitglieder gegenüber der Auftraggeberin rechtsverbindlich vertritt und dass alle Mitglieder im Auftragsfall als Gesamtschuldner haften (Bietergemeinschaftserklärung, siehe Muster **Anlage 3**).
- 9.4 Beabsichtigt der Bieter / die Bietergemeinschaft den Einsatz von Nachunternehmern, sind die von den Nachunternehmern zu erbringenden Leistungen gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 10 VgV nach Art und Umfang mit dem Angebot zu benennen (vgl. VHB-Formblatt 233, siehe Muster **Anlage 4**). Für Nachunternehmer, welche der Bieter im Wege der Eignungsleihe nach § 47 VgV einzusetzen beabsichtigt (vgl. VHB-Formblatt 235, siehe **Anlage 5**), sind weiterhin die unter Abschnitt 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung geforderten Nachweise und Erklärungen, soweit einschlägig und bezogen auf die zu erbringende Teilleistung, für den jeweiligen Nachunternehmer mit dem Angebot einzureichen sowie nach § 47 Abs. 1 Satz 1 VgV nachzuweisen, dass dem Bieter die insoweit für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden (vgl. VHB-Formblatt 236, Muster siehe **Anlage 6**).

Hinweis: Mehrangebote von Unternehmen, z. B. als Einzelbieter und als Mitglied einer Bietergemeinschaft, sind unzulässig, wenn und soweit diese zu einer vergaberechtlich unzulässigen Wettbewerbsverzerrung führen.

Die mit dem Angebot vorzulegenden Eignungsnachweise ergeben sich im Einzelnen aus Abschnitt 5.1.9 der Auftragsbekanntmachung.

10. Zuschlagskriterien

Der Zuschlag je Los wird auf das wirtschaftlichste Angebot gemäß § 127 Abs. 1 GWB i. V. m. § 58 Abs. 1 VgV erteilt. Dabei kommen die nachfolgend aufgeführten Einzelkriterien mit folgender prozentualer Gewichtung zur Anwendung:

- a) Preisliches Zuschlagskriterium „Angebotener Preis“ (60%), davon
 - aa) angebotener Jahresnetto-Gesamtpreis für die Unterhaltsreinigung (36 %; Unterkriterium 1)
 - bb) angebotener Jahresnetto-Gesamtpreis für die Grundreinigung (24 %; Unterkriterium 2)

- b) Zuschlagskriterium „Güte und Qualität des Reinigungskonzepts“ (40 %), davon jeweils zu gleichen Anteilen
 - aa) Konzept zur Gewährleistung und Sicherung der Qualität der Reinigungsleistung (Unterkriterium 1)
 - bb) Personaleinsatzkonzept (Unterkriterium 2)
 - cc) Konzept der Objektüberwachung (Unterkriterium 3)

Einzelheiten sind den beigefügten „Erläuterungen zu den Zuschlagskriterien“ (**Anlage 13**) zu entnehmen.

11. Zahlungsbedingungen

Die Zahlungsbedingungen richten sich nach den Vertragsbedingungen.

12. Vertraulichkeit von Informationen/Vernichtung von Vergabeunterlagen

Die mit den Vergabeunterlagen und im weiteren Verfahren ggf. zusätzlich von dem Auftraggeber zur Verfügung gestellten Informationen sind von den Bietern auch nach Abschluss des Verfahrens vertraulich zu behandeln, soweit diese nicht öffentlich zugänglich oder bekannt sind oder von dem Auftraggeber öffentlich bekannt gegeben werden.

Falls sich ein zur Angebotsabgabe aufgeforderter Bieter dazu entschließt, ein Angebot für die zu vergebenden Leistungen nicht abzugeben, ist er verpflichtet, die überlassenen Vergabeunterlagen, insbesondere etwa hergestellte Abschriften (auch soweit in elektronischer Form vorhanden) vollständig wieder an den Auftraggeber zurück zu senden.

13. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

Siehe Abschnitt 5.1.12 der Bekanntmachung.

14. Wettbewerbsbeschränkende Absprache / Mittelstandskartelle

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer wettbewerbsbeschränkenden Absprache beteiligen, werden ausgeschlossen.

Unter bestimmten Voraussetzungen sind Vereinbarungen zwischen Unternehmen bzw. die Bildung von Mittelstandskartellen von § 1 des GWB freigestellt. Die Voraussetzungen sind in §§ 2, 3 GWB geregelt. Eine entsprechende Erklärung ist abzugeben.

15. Hinweise zum Datenschutz

Der Bieter ist verpflichtet sicherzustellen, dass die Übermittlung der personenbezogenen Daten an die Vergabestelle rechtmäßig ist. Soweit notwendig, hat der Bieter die betroffenen Personen über die Übermittlung von Daten an die Vergabestelle und deren Verarbeitung für Zwecke des Vergabeverfahrens zu informieren und die Zustimmung der betroffenen Personen einzuholen. Eine gesonderte Information an die betroffenen Personen durch die Vergabestelle erfolgt nicht.

Der Bieter erklärt sich mit der Einreichung des Teilnahmeantrags/der Interessenbestätigung/des Angebotes damit einverstanden, dass die von ihm mitgeteilten personenbezogenen Daten und die von ihm bereitgestellten Unterlagen für das Vergabeverfahren von der Vergabestelle gespeichert und verarbeitet werden. Die Vergabestelle weist darauf hin, dass sie sich bei Durchführung des Vergabeverfahrens gegebenenfalls externer Dienstleister bedient (z.B. Betreiber elektronischer Plattformen, externe Fachbearbeiter, ggf. Rechtsberater) und gegebenenfalls die von der Vergabestelle übermittelten Unterlagen (einschließlich der darin enthaltenen personenbezogenen Daten) an diese Dritten zur Verarbeitung für Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens weitergibt.

16. Ausschlussgründe

Angebote, die einer der vorstehenden Bedingungen nicht entsprechen, können ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus führen die folgenden Gründe gemäß § 57 Abs. 1 VgV zu einem Ausschluss:

- Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten,
- Angebote, die nicht die geforderten oder nachgeforderten Unterlagen enthalten,
- Angebote, in denen Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen nicht zweifelsfrei sind,
- Angebote, in denen Änderungen oder Ergänzungen des Bieters an den Dokumenten vorgenommen worden sind.
- Angebote, die nicht die geforderten Preisangaben enthalten, es sei denn, es handelt sich um unwesentliche Einzelpositionen, deren Einzelpreis den Gesamtpreis nicht verändern oder die Wertungsreihenfolge und den Wettbewerb nicht beeinträchtigen,
- nicht zugelassene Nebenangebote.

17. Informationen zum weiteren Verfahren

Hinweis: Die nachfolgenden inhaltlichen und zeitlichen Informationen skizzieren den typischen Gang eines offenen Verfahrens. Der tatsächliche Verfahrensverlauf kann davon abweichen. Ein Anspruch von Bietern auf die Einhaltung des nachfolgend dargestellten erwarteten Verfahrensablaufes wird dadurch nicht begründet.

a) Inhaltliche Gestaltung

Die losweise Vergabe der Reinigungsdienstleistungen für die Wilhelm-Hauff-Schule, Jossatal-Schule, Bilzbergschule Ulmbach, Grundschule Vollmerz, Haidefeldschule Hettersroth, Alteburg-Schule, Grundschule Aufenau, Herzbergschule Roth, Kopernikusschule, Schule am Eulenhof, Büchertalschule und Werner-von-Siemens-Schule im Main-Kinzig-Kreis erfolgt im Rahmen eines offenen Verfahrens.

Die Vergabe erfolgt im Rahmen eines Offenen Verfahrens. Die am Auftrag interessierten Unternehmen werden durch dieses Schreiben zur Abgabe eines Angebots aufgefordert, das den Anforderungen der Vergabeunterlagen zu entsprechen hat.

Anschließend prüft der Auftraggeber die fristgemäß eingegangenen Angebote nach formellen und sachlichen Kriterien sowie in Bezug auf gegebenenfalls vorliegende zwingende und fakultative Ausschlussgründe.

Die Auftraggeberin bildet sodann nach Maßgabe der in der Auftragsbekanntmachung und diesem Schreiben bekannt gegebenen Zuschlagskriterien sowie der „Erläuterungen zu den Zuschlagskriterien“ eine Rangfolge der Angebote je Los. Das Vertragswerk wird mit demjenigen Bieter abgeschlossen, der nach Maßgabe der bekanntgemachten Zuschlagskriterien das wirtschaftlichste Angebot abgegeben hat.

Sobald das wirtschaftlichste Angebot je Los ermittelt worden ist, trifft der Auftraggeber – ggf. unter Berücksichtigung der Priorisierung der Bieter – die interne Vergabeentscheidung. Danach versendet er das Informationsschreiben gemäß § 134 Abs. 1 GWB i. V. m. § 62 Abs. 2 VgV an die nichtberücksichtigten Bieter sowie ein Zuschlagsankündigungsschreiben an Zuschlagsaspiranten. Nach Ablauf der gesetzlichen Wartefrist erfolgt die rechtsförmliche Zuschlagserteilung.

b) Zeitlicher Ablauf

Der nachfolgend aufgeführte vorläufige Zeitplan für das Vergabeverfahren gibt die derzeitige Terminplanung des Auftraggebers wieder. Änderungen sind möglich und ausdrücklich vorbehalten.

Schlusstermin für Eingang der Angebote	10.07.2026, 12:00 Uhr (MESZ)
--	------------------------------

Angebotsauswertung; soweit erforderlich Aufklärungen und Nachforderungen	bis Ende Juli 2026
Interne Auswahlentscheidung	Ende Juli 2026
Information nichtberücksichtigter Bieter gemäß § 134 GWB mit Zuschlagsankündigungsschreiben an erfolgreichen Bieter je Los	Ende Juli 2026
Zuschlagserteilung auf das wirtschaftlichste Angebot / Vertragschluss je Los	Anfang August

18. Nicht berücksichtigte Bieter

Bieter unterliegen mit der Abgabe ihres Angebotes den besonderen Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote (§ 62 VgV, §134 GWB).

19. Vergabekammer

Stelle zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen:

Vergabekammer des Landes Hessen bei dem Regierungspräsidium Darmstadt
Dienstgebäude: Luisenplatz 2
D-64283 Darmstadt
Tel.: +49 6151 12 6603
Fax: +49 611 327 648534

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass nach § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB ein Nachprüfungsantrag unzulässig ist, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Mit freundlichen Grüßen

Main-Kinzig-Kreis, vertreten durch den Kreisausschuss
Amt 65, Amt für Schulwesen, Bau- und Liegenschaftsverwaltung
und Zentrale Dienste

Anlagen:

1. Formblatt „Angebotsschreiben“
2. Bieter-Formblatt nebst Muster-Referenzliste
3. Muster Bietergemeinschaftserklärung
4. VHB-Formblatt 233/Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen
5. VHB-Formblatt 235/Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
6. VHB-Formblatt 236/Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
7. Verpflichtungserklärung nach § 4 HVTG
8. Eigenerklärung Russlandgeschäft
9. Preisblatt
10. Formblatt „Priorisierungsangabe“
11. Leistungsbeschreibung nebst weiteren Unterlagen
12. Entwurf Vertragswerk mit Anlagen
13. Erläuterungen zu den Zuschlagskriterien